



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 08. Februar 2011
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

| | |
|--|------------------------|
| <u>Vorsitz :</u> | Stephan Spallek (CDU) |
| Anwesende Ausschussmitglieder: | siehe Anlage 1 |
| Ferner anwesend: | siehe Anlage 2 |
| Tagesordnung: | siehe Anlage 3 |
| Veröffentlichung: | siehe Anlage 4 |
| Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr | Ende: 20:00 Uhr |

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 48/10, 01/11 (Drucksachenband 156)

Drucksachenlisten DL Nrn. 05/11 (Drucksachenband 157)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0003 Tagesordnung

1. Der Tagesordnung der heutigen Sitzung wird mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit die Gültigkeitserklärung zur Ausländerbeiratswahl vom 07.11.2010 zugesetzt.
2. Die Punkte 2 und 6 werden gemeinsam beraten und getrennt abgestimmt.
3. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Einstimmig

0004 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 07.12.2010 wird genehmigt.

Einstimmig

0005 11-F-02-0003

Virtuelle Ehrenamtsbörse
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 02.02.2011 -

Einstimmig

Der nachfolgende Antrag wird gemeinsam mit Punkt 14.1 (10-F-01-0104) beraten.

0006 11-F-01-0009

Reform der Mittelvergabe an Migrantenvereine
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 02.02.2011 -

Stv. Schickel begründet den Antrag und bedankt sich für den ausführlichen Bericht, der zu dem nachfolgenden Punkt vorgelegt wurde.

Stv. Bohrer begründet den Änderungsantrag.

Stadträtin Zeimetz weist darauf hin, dass es eine Verabredung gibt, den neu gewählten Ausländerbeirat mit in die Beratungen um die Änderungen bei der Vergabe von Mitteln mit einzubeziehen. Man möchte dem Ausländerbeirat in dieser Frage nicht vorgreifen.

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. Februar 2011**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Dumont bittet darum, den Antrag der FDP vom 02.11.2010 in die Beratungen mit einfließen zu lassen.

Stv. Dr. von Poser berichtet, dass seine Fraktion schon vor längerer Zeit darauf hingewiesen hätte, dass Untersuchungen zur Mittelvergabe hätten schon viel früher stattfinden müssen. Es gäbe ja auch Richtlinien für den Ausländerbeirat, nach denen hätte gehandelt werden können. Er fragt nach, warum solche Richtlinien nicht angewandt wurden.

Er weist weiter darauf hin, dass die BLW ein juristisches Gutachten eingeholt hätte, bei dem der Gutachter zu dem Schluss gekommen sei, dass die Verteilung der Gelder nach dem bisherigen Verfahren nicht statthaft gewesen sei.

Er findet es komisch, dass jetzt der Ausländerbeirat zum neu geplanten Verfahren gefragt werden solle, er habe doch die Gelder falsch verteilt. Er findet, dass die LHW entscheiden müsste, wer die Gelder bekommt.

Stv. Schickel findet, dass der Ausländerbeirat sehr wohl gehört und einbezogen werden sollte. Die Ortsbeiräte verteilen auch Gelder. Er findet, dass es gerade für Wiesbaden eine Stilfrage sei, wie man in Bezug auf die Integrationspolitik mit dem Ausländerbeirat umgehe.

Vors. Spallek weist darauf hin, dass die Kernaussage die Neuregelung der Vergabe ist. Er möchte gern mit dem Ausländerbeirat eine Richtlinie ausarbeiten. Man solle dem Ausländerbeirat grundsätzlich weiter vertrauen.

Herr Tischel berichtet zum Sachstand:

Der neu gewählte Ausländerbeirat sei schon tätig geworden. Es gäbe 2 Bereiche der Mittelvergabe: 1. die Fördermittel durch die Verwaltung und 2. die Vergabe von Mitteln durch den Ausländerbeirat.

Frau Rudolph konkretisiert, dass sich der Ausländerbeirat schon 2 Mal mit dem Thema beschäftigt habe, es gäbe auch bereits einen konkreten Vorschlag, der noch Frau Stadträtin Zeimetz vorgestellt werden wird. Der Ausländerbeirat habe sich nie gegen die städtischen Förderrichtlinien gewandt. Sie gibt aber zu bedenken, dass es nie eine absolute Garantie und Sicherheit geben könne. Der Ausländerbeirat sei nicht der Verfassungsschutz.

Stv. Bohrer stellt klar, dass die Ortsbeiräte keine Mittel vergeben, sondern Vorschläge macht. Er fragt nach, ob denn der Reformbedarf konkret gesehen werde. Er empfindet aber einen Neuanfang gut für das Klima.

Stv. Dr. von Poser möchte die Darstellung der grauen Wölfe eher beispielhaft verstanden wissen. Er möchte wissen, warum das Dezernat nicht selber darauf gekommen sei, was die grauen Wölfe für eine Organisation sind. Ein Maß an Misstrauen ist da. Dass die Verwaltung nicht der Verfassungsschutz sei, ist schon klar, aber man müsste schon eine klarere Linie haben. Warum die bestehenden Richtlinien nicht angewandt wurden, ist immer noch unbeantwortet geblieben.

Stadträtin Zeimetz berichtet, dass klar geworden sei, dass die Mittelvergabe nach den „Regeln der Kunst“ erfolgt sei. Diese Art der Mittelvergabe existiere seit Jahrzehnten. Die Art der Mittelvergabe sei sicher nicht mehr zeitgemäß.

Sie gibt aber auch zu bedenken, dass die grauen Wölfe nicht verboten seien. Man müsse z. B. im Einzelfall prüfen, was der Verein für die Integration tue.

Sie vertraue jetzt auf den Vorschlag des Ausländerbeirates. Die Mittel seien im Haushalt veranschlagt - es könne also nichts passieren.

**Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. Februar 2011**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Lt. Stv. Müller müsse man einfach akzeptieren, dass Grundlage der Integrationsgedanke ist und dieser auch eingearbeitet werden müsse.

Man könne zu Mili Göres stehen wie man wolle - dies habe nichts mit dem hier behandelten Thema zu tun.

Man sollte den angestoßenen Prozess nicht aufhalten.

Auch Vors. Spallek bittet darum, sich auf die Mittelvergabe zu konzentrieren und auf der heutigen Tagesordnung stünden noch etliche Punkte, die sich auch mit dem Themenbereich beschäftigen.

Stv. Dr. von Poser fragt noch einmal, wie die denn die Richtlinie für die Zukunft aussehen solle. Er fragt ebenfalls erneut, warum die LHW ihre Pflicht nicht wahrgenommen habe.

Stv. Manjura beantragt Schluss der Rednerliste.

Stv. Bohrer geht davon aus, dass der Antrag durch Aussprache erledigt sei. Es wurde Antworten auf Bereiche gegeben, die so gar nicht im Antrag standen. Der Antrag könne auch als eingebracht angesehen werden, was aber keinen Nährwert habe.

Der Änderungsantrag der Linken Liste wird gegen die Stimmen der Linken Liste abgelehnt.

Der Hauptantrag wird wie folgt angenommen:

Enth. Linke Liste

0007 10-F-01-0104

Mittelvergabe des Ausländerbeirates an den Türkischen Jugend- und Kulturbund e.V.
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 30.11.2010 -

s. Beschluss Nr. 0006

Einstimmig

0008 11-F-07-0001

Finanzmittel Ausländerbeirat
- Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 12.01.2011 -

Der Antrag wird von Stv. Dr. von Poser begründet. Punkt 3 des Antrages ist durch die Diskussion über die vorherigen Punkte erledigt.

Stadträtin Zeimetz erklärt, dass zu Ziffer 1 schon öfter Fragen von der BLW gestellt wurden. Für Ziffer 2 schlägt sie vor, abzuwarten, welchen Vorschlag der Ausländerbeirat macht und den Punkt dann wieder aufzurufen.

Frau Rudolph berichtet, dass seit 5 bis 10 Jahren eine Diskussion in Hessen laufe, die durch die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte angestoßen wurde. Es wurden Arbeitsgruppen gebildet.

**Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. Februar 2011**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Ausländerbeirat Wiesbaden habe sich bisher gegen die Reformvorschläge ausgesprochen. Sie geht aber davon aus, dass sich der neu gewählte Ausländerbeirat mit den Vorschlägen beschäftigen wird.

Auf Nachfrage von Stv. Manjura erklärt Frau Rudolph, dass hauptsächlich die Besetzung des Gremiums in der Diskussion war. So sollen z. B. Gesandte des Stadtparlaments und nicht nur die gewählten Vertreter in das Gremium einziehen (jeweils zur Hälfte).

Auch Kassel und Frankfurt haben die Änderungen abgelehnt. Auch wurde abgelehnt, dass die Abgesandten Stimmrecht erhalten sollen.

Herr Tischel weist darauf hin, dass man seit Jahren mit dem Ausländerbeirat einen Partner mit Augenmaß hatte.

Lt. Stv. Manjura habe die SPD die Überweisung des Antrages in den Ausschuss mitgetragen. Man sehe Reformbedarf z. B. schon beim Namen. Ansonsten sei man nicht festgelegt. Das aktive und passive Wahlrecht sei etwas unglücklich. Er kann sich vorstellen, dass die Sachverständigen durchaus Stimmrecht haben. Dadurch bekämen die Beschlüsse des Ausländerbeirates mehr Verbindlichkeit. Auch ein Antragsrecht in der Stadtverordnetenversammlung sei denkbar.

Lt. Vors. Spallek frage man sich sicher nicht nach der Sinnhaftigkeit des Ausländerbeirates. Er sollte aber die einzelnen Gruppen besser repräsentieren. Man sollte versuchen, auch die nicht vertretenen Gruppen mit einzubinden. Er regt nach der Sommerpause eine offene Unterhaltung zwischen dem Integrationsdezernat, dem Ausschuss und dem Ausländerbeirat an, um die Arbeit des Ausländerbeirates zu optimieren.

Stv. Schickel hält dies für einen konstruktiven Vorschlag, denn Reformbedarf sei vorhanden.

Einstimmig

0009 10-F-07-0033

Ausländerbeirat

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 01.12.2010 -

erledigt durch die Diskussion zu den vorgenannten Punkten

Einstimmig

0010 11-F-06-0009

Sachstand Angebote für Juleica-Inhaber/innen

- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 02.02.2011 -

Stv. Bohrer begründet den Antrag. Er erinnert an den Vorgängerantrag, der leider nicht so umgesetzt wurde, wie es im letzten Jahr zugesagt wurde.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. Februar 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Herr Syska (mattiaqua) erklärt, dass man am 19.10.2010 dem Sozialdezernat ein Angebot unterbreitet habe, auf das bisher keinerlei Reaktion erfolgt ist. Man habe ein 2-zu-1-Angebot vorgelegt für 3 verschiedene Einrichtungen. Nach einem Jahr mit sehr schlechten Zahlen bei mattiaqua sei die 2-zu-1-Lösung angemessen.

Stv. Manjura hält das Angebot für unzureichend. Die Angebote für Ehrenamtskarteninhaber seien umfangreicher und müssten Verhandlungsgrundlage für Juleica-Inhaber/innen sein. Er geht davon aus, dass es Klärungsbedarf im Dezernat gäbe und will das Dezernat ansprechen.

Stv. Bohrer möchte gern wissen, mit wie viel an Ausgaben mattiaqua denn rechne, wenn den Juleica-Inhaber/innen kostenloser Eintritt gewährt würde.

Lt. Herrn Syska mache es keinen Sinn, so zu rechnen, es gehe ums Prinzip. Er gehe emotionslos an die Sache heran und dem Versprechen gerecht werden, sah aber keine Möglichkeit größerer Zugeständnisse. Die Ehrenamtskarte sei nicht von ihm initiiert worden. Er könne es nicht verantworten, kostenlose Eintrittskarten auszugeben.

Vors. Spallek muss nach seinen Aussagen Herrn Syska in Schutz nehmen - es hätte ja wohl ein Angebot an das Sozialdezernat gegeben.

Nach kurzer Diskussion, ob der Antrag evtl. auf die nächste Sitzung geschoben und Vertreter des Sozialdezernates eingeladen werden sollen stellt Stv. Reitz den Antrag, den Antrag der Linken Liste als durch Aussprache für erledigt zu erklären.

Stv. Bohrer widerspricht dem Antrag auf Erledigung, der dann wie folgt abgestimmt und angenommen wird:

gegen Linke Liste

0011 11-F-01-0010

Geschenk an Partnerstädte: Relief des Historische Fünfecks
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 02.02.2011 -

Einstimmig

0012 10-F-06-0017

Sachstandsbericht "Rufnummer 115"
- Antrag der Linken Liste vom 10.03.2010 -

Der schriftliche Bericht des Magistrats (Dezernat I/10) vom 26.01.2011 wird zur Kenntnis genommen.

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 10.03.2010 hat dadurch seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. Februar 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0013 08-F-25-0091

Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund in die Feuerwehr!
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 08.08.2008 -

Herr Hartenfels (Berufsfeuerwehr Wiesbaden) berichtet von den vielfältigen Versuchen, Bürger/innen mit Migrationshintergrund für die Feuerwehr zu begeistern und vor allem Kinder und Jugendliche anzusprechen. Leider hat der große Aufwand zu keinem Erfolg geführt. Eltern hätten zwar signalisiert, ihre Kinder zu den Treffen zu bringen, aber leider wurde das in der Regel nicht umgesetzt. Er müsse auch davon ausgehen, dass viele das System der Berufsfeuerwehr nicht verstanden hätten.

Stv. Dumont du Voitel bedankt sich für das Engagement der Berufsfeuerwehr.

Stv. Manjura möchte die Berufsfeuerwehr ermuntern, weiter am Ball zu bleiben und weitere Versuche zu starten.

Auch Stv. Schickel sieht nach wie vor die Chance, Kinder und Jugendliche über die Begeisterung für die Technik an die Feuerwehr heranzuführen.

Herr Hartenfels weist darauf hin, dass es mittlerweile auch Kontakte zu Herrn Weinand (Geschäftsführer und Bildungsreferent AG Partizipation) gäbe, die hier auch sehr hilfreich sein können.

Der schriftliche Bericht dazu wird nachgereicht und an die Ausschussmitglieder verteilt.

Einstimmig

0014 09-F-01-0010

Integration von Frauen mit Migrationshintergrund./ Teilhabe am Arbeitsmarkt
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.01.2009 -

Herr Gleissner (Amt für Soziale Arbeit) hält zu diesem Punkt einen Vortrag, der den Ausschussmitgliedern in schriftlicher Form zugeleitet wird.

Einstimmig

0015 09-F-06-0019

Sachstand "Stadtteiljugendbeauftragte"
- Antrag der Linken Liste vom 24.04.2009 -

Vors. Spallek stellt den Sachstand dar.

**Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. Februar 2011**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Dem Ausschuss liegt ein Entwurf der „Orientierungshilfen für Stadtteiljugendbeauftragte“ vom 25.06.2010 vor, dem zugestimmt wird.

Stv. Manjura erklärt, dass man den Stadtteiljugendbeauftragten keine Vorschriften machen wolle Herr Weinand (AG Partizipation) kann sich vorstellen, eine „Coachingveranstaltung“ der Stadtteiljugendbeauftragten durchzuführen und steht dafür zur Verfügung.

Der Ausschuss bittet den Magistrat, nach der Kommunalwahl 2011 die neu gewählten Ortsbeiräte in geeigneter Form über die Aufgaben eines Stadtteiljugendbeauftragten zu informieren.

Einstimmig

0016 11-V-16-0001

Änderung der §§ 4, 6, 9, 13 und 14 der Ordnung für das Jugendparlament (JuPaO)

Stv. Manjura begründet den Änderungsantrag zur Sitzungsvorlage. Man wolle die strukturellen Nachteile bei jüngeren Schüler/innen durch die Quotierung ausgleichen (14-jährige Schüler/innen haben einfach weniger Schüler/innen „unter sich“, die wählen können).

Stv. Reitz tritt die Gegenrede an. Man könne nicht bei dem einen Gremium für, bei dem anderen gegen Quotierung sein. Man sollte die Gremien gleich behandeln. Seine Fraktion lehne den Änderungsantrag ab.

Stv. Bohrer fragt nach einer Stellungnahme des Jugendparlaments.

Herr Dr. Heimlich (Amt der Stadtverordnetenversammlung) berichtet, dass sich der Vorstand des Jugendparlaments mit den geplanten Änderungen beschäftigt habe.

Stv. Bohrer sähe es lieber, wenn sich das gesamte Jugendparlament mit dem Punkt beschäftigen würde.

Herr Dr. Heimlich berichtet weiter, dass im Plenum heftig über die Absenkung des Wahlalters diskutiert wurde. Ein Punkt, der im JuPa immer wieder aufflammte war der Rausschmiss von nicht engagierten Mitgliedern. Das, was jetzt hier vorgeschlagen werde, entspreche dem Wunsch des Jugendparlaments.

Lt. Stv. Müller gäbe es immer noch Differenzen beim Wahlalter. Aber er meint, man solle das JuPa noch eine Periode so laufen lassen. Er würde die Änderungen so mittragen, den Änderungsantrag ablehnen. Er hält nichts von Quotierung, sondern schlägt aktives Zugehen auf Schüler/innen vor.

Nach Aussagen von Stv. Manjura könne man über die Quotierung streiten, es gäbe einfach Unterschiede. Wenn der Änderungsantrag keine Mehrheit fände, wäre es nicht schlimm. Das JuPa sei eine einseitige Veranstaltung der Gymnasiast/innen.

Stv. Bohrer ist der Änderungsantrag der SPD noch nicht weitgehend genug. Er sieht auch den extremen Überhang bei den Gymnasiast/innen. Er hält evtl. einen anderen Wahlmodus für angebracht.

**Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. Februar 2011**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Manjura erklärt, dass seine Fraktion die Novelle mitträgt und weist darauf hin, dass das jetzige Wahlsystem das einzige ist, dass die Demokratie zulasse.

Der Änderungsantrag der SPD wird gegen die Stimmen von SPD und Linker Liste abgelehnt.
Die Sitzungsvorlage in der ursprünglichen Form wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

Die zwei nachfolgenden Punkte zu Städtepartnerschaften werden gemeinsam beraten.

0017 09-F-01-0057

Sachstand Städtepartnerschaften
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion -

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration spricht sich dafür aus, das gesamte Verfahren zur Begründung neuer Städtepartnerschaften zurzeit nicht weiter zu betreiben, sondern mögliche Entscheidungen der im März 2011 neu zu wählenden Stadtverordnetenversammlung zu überlassen.

Enth. Linke Liste

0018 10-F-06-0065

Sachstand geplante Städtepartnerschaft mit Fatih
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 30.11.2010 -

Stv. Müller spricht sich dafür aus, die Partnerschaft mit Fatih nicht zu unterbrechen, sondern die Verhandlungen mit klugen Argumenten fortzusetzen und bald eine Partnerschaft zu begründen. Auf jeden Fall sollten die Kontakte weiter aufrecht erhalten bleiben. Der vom Ausschuss gefasste Beschluss, das neue Parlament entscheiden zu lassen, hält er für klug und weise und hofft auf zügige Umsetzung nach der Kommunalwahl

Stv. Schickel weist abschließend noch einmal darauf hin, dass sich seine Fraktion nicht von dem Vorhaben abgewendet hat, sondern es für angebrachter hält, das neue Stadtparlament entscheiden zu lassen.

Einstimmig

0019 10-F-01-0089

Integration braucht Integrationsbereitschaft
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.10.2010 -

**Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. Februar 2011**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Zu diesem Antrag liegt ein schriftlicher Bericht vor.

Frau Stadträtin Zeimetz erklärt auf Rückfrage von Stv. Schickel, dass die Durchsetzung von Punkt 7 vorletzter Dickpunkt nicht allein in ihrer Hand läge, es sei eine Forderung.
Stv. Konaka fragt zum alten Vorstand des Ausländerbeirates, warum man nicht vorher die Probleme in Bezug auf die Besetzung mit türkischen Mitgliedern angesprochen habe. Dazu erklärt Frau Stadträtin Zeimetz, dass sie es nicht wisse.

Lt. Frau Rudolph gibt es in dieser Richtung noch etwas aufzuarbeiten, es gäbe kein Problembewusstsein. Nicht alle Mitglieder des Vorstandes hätten ausreichendes Wissen über den Dachverband.

Stv. Dumont du Voitel erklärt, dass sich ihr bei einigen Punkten der Magen umdrehe. Es fände doch nicht alles im Verborgenen statt. Hätte nicht auffallen müssen, dass es kaum Jugendliche gab?

Vors. Spallek stellt klar, dass man das, was hinter verschlossenen Türen geschehe, für andere nicht einsehbar sei. Durch den Bericht sieht er die Thematik sauber aufgearbeitet. Man sollte die Vergangenheitsanalyse auch nicht übertreiben, sondern in die Zukunft schauen.

Stadträtin Zeimetz bestätigt, dass der Begriff „Einfrieren“ für die Zuschüsse interpretationsfähig sei, man habe aber nicht alle Bereiche in der Hand.

Die Angelegenheit hat durch den Bericht und die anschließende Diskussion ihre Erledigung gefunden.

Einstimmig

0020 09-V-33-0007

Zentrales Bürgerbüro im Luisenforum: Evaluierungsergebnisse und neue Öffnungszeiten

Frau Paul ist zu diesem Punkt anwesend und berichtet, dass das Bürgerbüro in der Zeit von 8 bis 18 Uhr geöffnet ist. Die Öffnungszeiten wurden vor gut einem Jahr verändert. Man werde abschließend einen schriftlichen Bericht liefern, wenn die Bürgerbefragung, die im April stattfinden wird, ausgewertet ist. Der Fragebogen sei vorbereitet.

Man habe zwar eine Reduzierung der Wartezeit durch die geänderten Öffnungszeiten erreicht, aber durch die Einführung des neuen EPasses habe sich die Wartezeit wegen erheblich angestiegenem Beantragungsaufwand sofort wieder verdreifacht. Man würde die Entwicklung gern beobachten und im Herbst erneut berichten.

Das zusätzlich eingesetzte Personal sei bis zum 31.08. befristet tätig.

Die Änderung der Öffnungszeiten habe sich aber auf jeden Fall gelohnt.

Einstimmig

0021 09-F-01-0043

Mobiles Bürgerbüro

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 28.04.2009 -

**Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. Februar 2011**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Zu diesem Punkt berichtet Frau Paul, dass es mehrere Versuche mit WIVERTIS gegeben habe, einen mobilen Koffer für ältere oder behinderte Personen einzurichten. Durch den neuen Personalausweis seien die Bemühungen zu Nichte gemacht worden.

Das Änderungsterminal sei nicht mobil und läuft nicht über WLAN.

Wenn ein Bürger nicht zum Bürgerbüro zur Beantragung eines Ausweises kommen kann, müsse der Betreuer alles Weitere regeln. Hier sei auch der Gesetzgeber gefragt, der solche Fragen lösen müsse. Eine Ummeldung kann z. B. jederzeit mit einer Vollmacht erfolgen - dafür lohne sich ein mobiles Bürgerbüro auf gar keinen Fall.

Bei Reisepässen müssten jetzt Fingerabdrücke abgenommen werden - auch das geht nicht mobil.

Stv. Reitz schlägt vor, das Bundesministerium des Innern evtl. zusammen mit anderen Kommunen wegen einer Lösung anzuschreiben. Er findet es äußerst unschön, dass sich der Bundesgesetzgeber um die Kosten, die die Kommunen zu tragen haben, keine Gedanken mache. Man könne evtl. auch den Hessischen Städtetag einschalten.

Frau Paul berichtet, dass man mit Taunusstein und Frankfurt in Kontakt gestanden hätte wegen des mobilen Bürgerbüros. Dort wurden die mobilen Büros eingestellt, da diese mit zusätzlichen Kosten verbunden sind (Personaleinsatz). Ältere Menschen wollten zudem lieber einen Personalausweis ausgestellt haben als einen Reisepass.

Man müsse außerdem mit dem Personalrat reden, ob ein Mitarbeiter allein vor Ort unterwegs sein dürfte.

An Stv. Reitz gerichtet erklärt sie, dass die Diskussion angestoßen worden sei.

Wenn die Gesamtkosten bekannt seien, würde der Ausschuss informiert.

Der Antrag hat durch die in der Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0022 10-A-21-0001

Wiesbadener Integrationsgespräche

Frau Rudolph erklärt, dass das Dezernat wegen der bevorstehenden Kommunalwahl keine Vorschläge für das ganze Jahr machen wollte, aber eine Veranstaltung sei schon vorbereitet.

Es soll am 01.04.2011 ein Film gezeigt werden zum Thema „Heiratsmigration“. Die Regisseurin wird bei der hessischen Erstaufführung im Caligari auch anwesend sein. Anschließend ist eine Fachdiskussion geplant, denn der Film ist als Diskussionsgrundlage angelegt.

Einstimmig

0023 09-F-25-0095

Imame in Wiesbaden

- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 12.10.2009 -

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der schriftliche Bericht ist in Vorbereitung.

Einstimmig

0024 Bericht der Dezernentin

1. Der Zwischenbericht von Frau Stadträtin Zeimetz zum Stand der „Humanitären Sprechstunde“ wird zur Kenntnis genommen, wonach

- Herr Dr. Forßbohm, Herr Deinet und Herr Burgmeier ein Konzept zur Umsetzung vorgelegt haben,
- es eine Kooperation mit der Teestube gibt und dort z. B. Behandlungsräume erweitert werden,
- Schutzimpfungen für Kinder durch das Gesundheitsamt durchgeführt werden und die Kosten in 2011 Dezernat VII übernimmt und
- Hilfe für Schwangere z. B. für Vorsorgeuntersuchungen mit Hilfe von Pro Familia und MediNet (Mainz) angeboten wird.

2. Frau Stadträtin Zeimetz weist darauf hin, dass der 01.04.2011 Anmeldeschluss für die Vergabe des Integrationspreises ist.

Einstimmig

0025 11-V-10-0002

Bürgerbegehren nach § 8 b Hessische Gemeindeordnung (HGO) - "Initiative für bürgernahes Bauen am Platz der deutschen Einheit in Wiesbaden"

Einstimmig

0026 11-V-20-0003

Neukonzeption Bürgerbeteiligung

Für Stv. Schickel ist es nicht nachvollziehbar, warum TriWiCon ein Konzept entwickeln soll. Seine Fraktion habe selber ein Arbeitspapier entwickelt, dass er aber erst nach der Neuwahl vorlegen möchte.

Stv. Bohrer erklärt, dass er gegen die Vorlage stimmen werde, da jetzt nicht 25.000 € ausgegeben werden sollten. Bürgerversammlungen seien auch Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung. Er sähe keine Veranlassung, ein Gutachten zu zahlen.

Seite 13 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. Februar 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vors. Spallek erklärt für seine Fraktion, dass man der Sitzungsvorlage zustimmen würde, da Marketing mit der Materie vertraut sei.

Stv. Dumont du Voitel spricht sich dafür aus, ein Konzept zu entwickeln.

gegen Linke Liste, Enth. SPD

0027 10-V-30-0021

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden V
(Wiesbaden-Erbenheim)

Einstimmig

0028 Verschiedenes

Hierzu wird das Wort nicht gewünscht.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .03.2011

Vorsitzender

Schriftführerin

Weitere Schriftführerin

Spallek

Karipidou

Koba